



AUSLAND

Käuferschlange vor Moskauer Lebensmittelgeschäft: „Wacht endlich auf“

Mangel bedroht die Perestroika

Michail Gorbatschow, der große Systemreformer, wird mit der Wirtschaftsmisere nicht fertig. Trotz zunehmender Rationierung vieler Waren sind die Läden leergefegt,

Handelsfunktionäre sowie eine „regelrechte Mafia“ horten die Güter. Und die Bürger identifizieren Gorbatschows Perestroika immer stärker mit der Mangelwirtschaft.

Unsere Versorgung ist katastrophal, wacht endlich auf!“ fordert in handgemalten Druckbuchstaben ein schmales Blatt an einem Holzzaun im Moskauer Bauman-Bezirk.

Die Botschaft überdauert keine drei Minuten. Dann reißt ein Milizionär sie ab, klickt das zerknüllte Papier in einen Gully und fragt, nicht unfreundlich, nach dem Namen des Plakatmalers.

Der heftet gerade seinen nächsten Zettel an einen Baum. „Iwan“, sagt der vielleicht 50jährige mit sanfter Stimme, „Iwan Iwanowitsch, wie alle“, und geht ohne Eile davon.

Der Milizionär macht keine Anstalten, ihm zu folgen: „Er hat ja recht“, entschuldigt er gegenüber einer kleinen Schar von Neugierigen seine Milde, „nur der Wisch muß weg, obwohl das sowieso jeder weiß und es auch jeden Tag in der Zeitung steht.“

Die Szene vom vergangenen Dienstag in der sowjetischen Hauptstadt ist eine von den harmloseren. Noch steht das Sowjet-Volk in und vor den immer armseliger mit Ware bestückten Staatsläden zwar geduldig Schlange, aber sein Murren ist lauter geworden und längst auch im Kreml zu hören.

Michail Gorbatschow, seit dem 25. Mai als Präsident mit weitreichenden Vollmachten ausgestattet, muß befürchten, daß seine großangelegte Reform

von Staat und Gesellschaft, Wirtschaft und Ideologie im Sumpf einer profanen, sich ständig verschärfenden Versorgungskrise steckenbleibt.

Bitter bekannte der Staats- und Parteichef vor den in Moskau tagenden Volksvertretern, er wisse wohl, daß sich die Werktätigen mittlerweile über Karikaturen amüsieren, die Leonid Breschnew mit einer Brust voller unverdienter Orden zeigen, ihn aber dekoriert mit vielen Lebensmittelkarten und Bezugscheinen. Glasnost, die neue Offenheit, scheint sich gegen ihren Erfinder und Schutzpatron zu kehren.

Der Agrarwissenschaftler Wladimir Tichonow sah die landesweite Misere ohne energischere Gegenmaßnahmen bereits auf eine allgemeine „Hungersnot“ zusteuern.

„Wenn auf den Ladentischen Lebensmittel und Waren nicht in genügender Menge erscheinen“, bekräftigte auch der Generalsekretär die kompromißlos kritische Einschätzung vieler Volksdeputierter, könne „von Perestroika keine Rede sein“.

Im Gegenteil: Das russische Wort für Umgestaltung gerät zunehmend in Gefahr, für die breite, sich betrogen fühlende Konsumenten-Masse zum Synonym für Verschlimmbesserung zu werden. Die Schuldzuweisung für alle heutigen Versorgungsübel an die von

Korruption und Stagnation gekennzeichneten Breschnew-Jahre verhängt immer weniger.

Vorletztes Wochenende, als dem hauptstädtischen Taganski-Supermarkt bereits am Nachmittag das Brot ausging und das Personal wachsenden Käufer-Unwillen mit gleichgültigem Achselzucken quittierte, machte ein Kriegsinvalid seinem Zorn lauthals Luft: „Ihr liebt das Volk nicht, und eure Oberen hassen es wahrscheinlich“, schrie der Alte erbost zwei faulenzende Verkäuferinnen an: „Unter Stalin wäret ihr für eure Schlamperei erschossen worden, die vielleicht schon unter Breschnew eingerissen ist, aber da gab es wenigstens noch genügend zu essen.“

Die Zeiten des tyrannischen Stalin und des protzigen Breschnew rosig verklärt – so schlecht fühlen sich die Sowjetbürger inzwischen unter dem großen Systemveränderer Gorbatschow. Denn es erscheint ihnen so, daß seine Perestroika vor allem eins erzeugt: neuen Mangel.

Im ganzen Land ist Zucker inzwischen nur noch gegen Lebensmittelkarten erhältlich. Auch bei anderen Gütern macht sich schleichende Rationierung bemerkbar. Massenhafte Hamsterkäufe verschärfen die Lage: Wer kann, legt Vorrat an – so umfangreich wie möglich, denn mitten im glühend heißen russischen Sommer bahnt sich ein versor-

gungspolitischer Winter an, dessen Länge nicht abzusehen ist.

Vor allem in großen Selbstbedienungsläden beschwören Lautsprecher-Durchsagen die „verehrten Genossen Käufer“, nicht gleich tausend Schachteln Streichhölzer oder zehn Kilo Salz wegzuschleppen: Bei diesen Waren seien auch langfristig keine Engpässe zu erwarten. Vergebens. Gerüchte, diese beiden Artikel seien als nächste von Auszehrung bedroht, erweisen sich als hartnäckiger.

Zu gut erinnert sich die Bevölkerung daran, daß solche Versicherungen auch das allmähliche Verschwinden des Zuckers aus den Läden begleitet hatten. Erst gab es ihn nur noch in bestimmten Geschäften, zu bestimmten Zeiten und in Rationen von einem Kilo pro Kopf. Unübersehbare Käuferschlangen, auf der Straße 100 Meter und länger, machten diese speziellen Süßstoff-Läden so leicht auffindbar wie sonst nur die Spirituosengeschäfte während Gorbatschows Schnaps-Sperre.

Wer genügend Zeit hatte, konnte sich mit der neuen Profession des Platzhalters ein kleines Zubrot verdienen: Jugendliche und Rentner reihten sich bereits mittags in Schlangen ein, um den vorgerückten Platz später an gehetzte berufstätige Frauen zu verkaufen.

Kein Wunder, daß viele Konsumenten das im Mai auch in Moskau eingeführte „Talon“-System begrüßten, wonach jeder Bürger halbwegs verlässlich seine drei Kilo Zucker pro Sommermonat erhält. Gleichwohl empfinden viele Ökonomen den Rückfall in die Bewirtschaftungspraxis der Kriegs- und frühen Nachkriegszeit als Schmach, zumal Mißbrauch und Mißmanagement die chronischen Begleiterscheinungen solcher Mangelverwaltung sind.

In Leningrad beispielsweise gaben Angestellte der Hausverwaltungen die Zuckerkarten nur heraus, wenn die Bewohner auch ihre Miete ordnungsgemäß bezahlt hatten. In Moskau laufen die Bürger oft stundenlang von einem Supermarkt zum anderen, abgespeist mit immer derselben Antwort: „Unsere Zuckerration ist bereits ausgegeben, diesen Monat gibt's nichts mehr.“

Aber auch feste Zuteilung garantiert längst noch keine verlässliche Belieferung: In der Gemeinde Nowinki nahe der belorussischen Hauptstadt Minsk beispielsweise wurden Karten nur für das Lebensmittelgeschäft Nr. 43 ausgegeben. Als Kunden nach dem 20. Mai dort ihren Zucker erstehen wollten, war die Zuteilung verkauft. „Früher kom-

sich zu Beginn ihrer Schwangerschaft um die Zuteilung einer Waschmaschine bewarb, erhielt den Listenplatz mit der Nummer 25 000. Inzwischen ist das Kind längst auf der Welt, aber die Mutter wartet noch immer auf die Benachrichtigung, daß sie endlich dran ist.

Bestimmte Schallplatten werden selbst in Moskau nur noch beschränkt abgegeben: zwei Stück pro Musikfreund. Ein Warenhaus am Kalininprospekt hat dieselbe Prozedur für Shampoo und Hautcreme eingeführt: maximal drei Packungen pro Käufer. Selbst elementarste Hygieneartikel sind Mangelware: Babyseife beispielsweise ist aus den Regalen völlig verschwunden.



Obstverkaufsstand in Moskau: „Von Perestroika keine Rede“



Sowjetpremier Ryschkow
„100 Milliarden Rubel Defizit“

men“, riet das Personal. Die Zuspätgekommenen gingen leer aus.

Selbst als Zahlungsmittel im Tauschhandel hat Zucker kräftig im Wert angezogen. In der Gegend um die Stadt Tscherkassy, berichtete kürzlich die „Komsomolskaja prawda“, sei gegenwärtig eine Motorrad-Batterie nur gegen 25 Kilo Zucker zu haben.

Wo der Staat noch keine generellen Verkaufsbeschränkungen erlassen hat, behelfen sich die Geschäfte mit eigenen: Ausgeklügelte Wartelisten-Systeme regeln den Verkauf von Autos, Elektrogeräten und Möbeln – vielerorts bereits nur an Einheimische.

Aber selbst bei positivem Wohnsitz-Nachweis durch Vorzeigen des Passes an der Ladenkasse sind die Wartezeiten lang: Eine Minskerin, die

In der russischen Provinz gilt derlei Gut längst als unglaublicher Luxus. Unter der drastischen Überschrift „Wir würden uns gern mal den Hals waschen“ machte der Brjansker Stadtverordnete Mochorow unlängst seinem Unmut in der Zeitung Luft: In seiner Gemeinde habe der Läusebefall in Schulen und Kindergärten in letzter Zeit geradezu epidemieartig zugenommen – weil Seife fehlt.

Waschpulver ist in Brjansk wie auch anderswo seit langem rationiert. Gleichzeitig jedoch stapelt sich in den Lagerhallen am Brjansker Bahnhof das rare Produkt tonnenweise. Ein Güterzug mit acht Waggons voller Waschpulver stand eine ganze Woche lang auf einem Abstellgleis, konnte aber nicht entladen werden, weil die Lagerkapazität erschöpft war.

Solche Nachrichten nähren nicht nur beim Normalverbraucher, sondern vor allem bei der Perestroika-Avantgarde den Verdacht, die überwiegend konservativen Handelsbürokraten mauerten aus politischen Gründen, um die Re-

formen insgesamt zu Fall zu bringen. Die Ängste der Reformer vor einem Rollback nehmen erkennbar zu – und damit zugleich Spekulationen, die Handelsapparatschiks horteten Mangelware jeder Art, um sie nach einem Coup zwecks Stimmungsmache reichlich in die Läden fließen zu lassen.

Das würde zumindest teilweise erklären, weshalb Perestroika zu noch größerem als dem herkömmlichen Mangel führt. Den Rest besorgt nach den Worten eines ZK-Funktionärs eine „regel-



Sowjet-Ökonom Abalkin
„Sonst ein Rechtsruck“

rechte Mafia“, die aus reinen Profitgründen gleichfalls Waren aus dem Verkehr zieht.

In der von Gorbatschow als Ausweg favorisierten Auflösung der Kolchosen sieht sein abgestiegener Widersacher Jegor Ligatschow, jetzt zuständig für die Landwirtschaft, einen „nicht wiedergutzumachenden Fehler für unser Land“, die „überwältigende Mehrheit der Bauern“ sei dagegen. Das Parteiorgan „Kommunist“ gibt der Perestroika nur noch „einige Monate“, falls dieses Jahr materielle Ergebnisse ausblieben.

Noch zwei Jahre erhofft sich der Ökonomie-Professor Leonid Abalkin aus dem engsten Beraterkreis Gorbatschows, vom Obersten Sowjet gerade zum Vizepremier gewählt: Sonst sei „ein Rechtsruck unausweichlich“.

So viel ist sicher: Mit den Rezepten des alten, völlig diskreditierten Systems ist die Misere bestimmt nicht zu heilen. Ein Haushaltsdefizit von 100 Milliarden Rubel und eine in den Ersparnissen des Volkes aufgestaute Kaufkraft von mindestens 300 Milliarden Rubel lassen jeden Versuch auch nur partieller Bedarfsdeckung beinahe von vornherein als aussichtsloses Unterfangen erscheinen.



Sowjet-Ökonom Schmeljow
„Sofort 15 Milliarden Dollar“

Laut wissenschaftlichem Institut der Sowjet-Banken übersteigt die Nachfrage das Angebot bereits um 120 Milliarden Rubel.

Dennoch laufen die Notenpressen, obwohl in den letzten Monaten gebremst, weiter auf Touren. Der Wert des Rubels verfällt: Den gelben Schein mit Hammer und Sichel, für den die sowjetische Staatsbank westdeutschen Touristen drei Mark abnötigt, geben Schwarzhändler auf Moskaus Straßen gern schon für 50 Pfennig her. Der Wirtschaftswissenschaftler Nikolai Schmeljow, Befürworter radikaler, an der Marktwirtschaft orientierter Reformen, schätzt die Inflation bereits auf zehn bis elf Prozent.

Angesichts des flächendeckenden Mangels in vielen Bereichen verspüren die meisten Produzenten der Leicht- und Konsumgüter-Industrie kaum Anreiz, die miserable Warenqualität zu verbessern – es sei denn in den seltenen Fällen, wo Chancen für Export gegen Devisen bestehen.

Im Inland dagegen erfaßt die Hamsterkauf-Psychose allmählich auch solche Ladenhüter, die noch im vergangenen Jahr nicht abzusetzen waren. So weiß die Leiterin eines Moskauer Schuhgeschäfts zu berichten, daß sogar altemodisches Schuhzeug weggekauft wird, „als wollten die Leute selbst einen Laden aufmachen“.

Das geschieht offenbar längst. In der fernen, noch schlechter versorgten Provinz vermag der legalisierte Privathandel, also eine der neuen Kooperativen, durchaus noch mit Gewinn loszuschlagen, was in der Hauptstadt verschmäht wird.

Diese Praxis vieler sich rund um die traditionellen Bauernmärkte ausbreitender Kooperativen, aus der staatlichen Produktion abgezweigte Ware mit kräftigem Zwischenhändler-Profit privat zu verkaufen, erzeugt zusätzlich Anti-Perestroika-Stimmung beim Verbraucher.

Er sieht in dem beweglichen Kooperator, dem Gorbatschow die Rolle des Konkurrenten und Herausforderers der müden, schlampigen Staatsmonopole zugeordnet hat, nur den auf schnelles Reichwerden bedachten herkömmlichen Spekulanten und Schwarzhändler.

Eine Preisreform, ursprünglich als Kernstück der Wirtschaftsperestroika angekündigt, ist längst wieder vertagt: Niemand möchte für dann unausweichliche rabiate Preissteigerungen auf dem sensiblen Sektor der Grundnahrungsmittel die Verantwortung übernehmen.

Den maroden Rubel konvertierbar zu machen, um damit nach innen einen Leistungsindikator zu gewinnen und außen an der internationalen Arbeitsteilung teilnehmen zu können, haben manche Planer bereits gänzlich als Illusion verworfen. Andere wie Leonid Abalkin, die solch einen Schritt nach wie vor für zwingend geboten halten, sehen die UdSSR frühestens in sieben oder acht Jahren dazu in der Lage.

Doch soviel Zeit hat die sowjetische Wirtschaft nicht – selbst dann nicht, wenn ihr der Vertrag über die Vernichtung der Mittelstreckenwaffen tatsächlich, wie behauptet, eine jährliche Einsparung von 300 Millionen Rubel ebracht haben sollte und gegenwärtig große Hoffnungen auf die „Konversion“ weiterer Rüstungsbetriebe gesetzt werden. Das nimmt sich immer noch ärmlich aus gegen die Riesenprogramme, die Reform-Ökonomen so dringlich fordern, und zwar subito:

Abalkin sieht zwischen 12 und 15 Millionen überflüssige Lohn- und Kostgänger vor allem in der Industrie, für die eine effektive Beschäftigung gefunden werden müsse. Sein Kollege Schmeljow fordert, um dem sonst unvermeidlichen Ruin zu entgehen, eine sofortige Devisen-Injektion im Wert von 15 Milliarden US-Dollar, damit neue Industrien geschaffen und alte wieder flottgemacht werden können.

Ministerpräsident Ryschkow freilich hat gerade erst davor gewarnt, die gegenwärtigen Auslandsschulden des Landes in Höhe von 53 Milliarden US-Dollar ohne Not weiter zu vermehren – für Schmeljow „Bauernmentalität“.

Dank Glasnost weiß nicht nur jeder um die Krise, sondern kennt auch ihre Dimension. Dem illusionslosen Satz von Abalkin „Wir leben nicht besser als wir arbeiten“ würden die meisten Sowjetbürger wohl theoretisch zustimmen – aber ohne große Konsequenzen:

Das „Chaos“, das laut Schmeljow die UdSSR heimsuchen dürfte, wenn in den nächsten zwei Jahren nicht besser geplant, geleitet und gearbeitet wird, möchten sie heute sowenig wahrhaben wie früher die Versprechen vom baldigen Ausbrechen des kommunistischen Überflusses.

Insoweit: Im Osten ausnahmsweise einmal nichts Neues.